# Stadtblati Ausgabe 3, Mai 2021 • Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs Nachrichten, wie sie das Leben schreibt.

Preissteigerung: +38,1 % in nur sechs Jahren

# **OVP und FPO** verteuern Jahreskarte



Ab Juli müssen Grazerinnen und Grazer für die Jahreskarte satte 315 Euro bezahlen. In der vergangenen Gemeinderatssitzung hätte die schwarz-blaue Rathauskoalition die Möglichkeit gehabt, die stetige Steigerung des Preises abzufangen. Jedoch erteilten sie dem Dringlichen Antrag der KPÖ eine Absage. Während der Verkehrsverbund Jahr für Jahr die Tarife weit über den Verbraucherpreisindex erhöht, bleibt die Zuzahlung der Stadt zur Jahreskarte seit sechs Jahren am selben Niveau.

Diese Zuzahlung wurde auf Betreiben der KPÖ im Jahr 2015 in Höhe von 175 € pro Karte eingeführt. Das hat dazu geführt, dass alleine im ersten Jahr (damals 228 €) zusätzlich 25.000 Jahreskarten verkauft wurden - eine österreichweite Erfolsgeschichte. "Die Bevölkerung wünscht sich eine Jahreskarte am Preisniveau von 2015. Das ist aus sozialen und umweltpolitischen Gründen mehr als vertretbar", so Verkehrsstadträtin Elke Kahr.

Mit der aktuellen Preispolitik sendet man ein falsches Zeichen an die Bevölkerung, so Kahr: "Anstatt den Umstieg für die Leute auf Bus und Bim zu fördern, gibt es nur Lippenbekenntnisse, denen keine Taten folgen. Während andere den Nulltarif einführen, wird bei uns die Tarifschraube weiter angezogen."

Kommentar von Stadträtin Elke Kahr auf Seite 3.

Seite 2 Städtblatt

# Warum werden Bäume gefällt?



Diese Frage beschäftigt viele GrazerInnen. Immer öfter sieht man auf alltäglichen Wegen Baumstümpfe, das sorgt oft für Aufregung. Was bleibt sind die Fragen: War das wirklich notwendig? Wenn ja, warum? KPÖ-Gemeinderätin Christine Braunersreuther fordert nun



den, die den Grund von geplanten Fällungen angeben: Handelt es sich um Krankheiten, Alter, Gefährdung, Pilzbefall oder bauliche Maßnahmen?", will Braunersreuther wissen. Außerdem sollte auch vermerkt sein, wann Ersatzpflanzungen geplant sind.



## Bauboom hält Graz im Griff

Seit 2012 sind in Graz unglaubliche 121 Hektar an unversiegeltem Boden verbaut worden. Eine Fläche die umgerechnet so groß ist, wie der Bezirk Innere Stadt. Es ist höchste Zeit für Maßnahmen, um den Flächenfraß zu bremsen.

raz ist nach wie vor ein beliebtes Pflaster für Baufirmen und Immobilienhaie. Eine aktuelle Recherche unterstreicht den Bauboom in unserer Stadt.

#### 1.470 m<sup>2</sup> pro Tag

Gemessen an den letzten Jahren stellt 2020 einen traurigen Rekord auf: Seit 2012 wurde noch nie soviel verbaut. Selbst 2019, wo 21,2 ha versiegelt wurden, wurde um das 2,5-fache übertroffen! Jeden einzelnen Tag sind in Graz 1.470 m²(!) unversiegelten Boden zubetoniert worden.

Auf der anderen Seite sind alleine im vergangenen Jahr 735.000 m² an Wald, landwirtschaftlich genutzten Böden und Gärten verschwunden. Eine Entwicklung, die auch ökologisch verherrende Folgen nach sich zieht: starke Hitzeentwicklung und steigende Hochwassergefahr, da Regenwasser immer weniger Platz zum versickern vorfindet.

Von der Bauwut waren in den



Der Bauboom ist nicht nur ungebrochen, die Bautätigkeit hat sich letztes Jahr mehr als verdoppelt.

letzten Jahren besonders die Bezirke Straßgang, Jakomini und Liebenau betroffen. Alleine letztes Jahr wurden in Straßgang 111.159 m² und in Jakomini 159.492 m² zuvor unversiegelte Flächen zubetoniert.

#### Trend 2050

Die Zahlen sprechen für sich und zeichnen ein düsteres Zukunftsbild unserer Stadt. Bei gleichbleibenden Trend werden bis zum Jahr 2050 zusätzliche Flächen im Ausmaß der Bezirke Innere Stadt und Lend, also rund 4,55 km², verbaut werden. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen ist es höchste Zeit, Gegenmaßnahmen zu setzen. Deswegen fordert die KPÖ einen verpflichtenden Grünflächenfaktor bei Neubauten.

536.630 m<sup>2</sup>

# Rekordjahr 2020 Seit 2012 wurde noch nie so viel verbaut wie letztes Jahr: 53,6 Hektar, das sind mehr als 2,5-fache des Vorjahrs. 203.309 m² 212.637 m² 105.740 m² 139.190 m² 29.302 m² -22.011 m² 8.843 m² 2019

## Am Boden bleiben.

ass abgehobene Gehälter zu abgehobener Politik führen, hat Landeshauptmann Schützenhöfer (ÖVP) bewiesen. "Heute leben wir im Überfluss und in einer Gratisgesellschaft", erklärte er.

Bei seinem monatlichen Politiker-Gehalt von 17.533,20 Euro wundert mich das nicht. Mit der Realität hat es aber nichts zu tun. 45.000 Kinder leben in der Steiermark an



Ihr Stadtrat **Robert Krotzer**Rathaus, 2. St, Tür 231
0316 / 872 20 70
robert.krotzer@stadt.graz.at

oder unter der Armutsgrenze. 58.000 Menschen sind arbeitslos. Zehntausende haben durch niedrige Löhne, Kurzarbeit oder Arbeitsverlust Schwierigkeiten, die Miete zu zahlen.

Als KPÖ versuchen wir, mit zwei Dritteln unserer Polit-Gehälter, die wir an Menschen in Notlagen weitergeben, zu helfen. Und am Boden zu bleiben. Darum haben wir eine Gehaltsobergrenze – als einzige Partei.



kpoe-graz.at Seite 3

## KPÖ: Partei der Solidarität

Viele Menschen sind am 1. Mai mit der KPÖ auf die Straße gegangen. Das Motto des diesjährigen Maiaufmarsches, der unter Einhaltung der Corona-Sicherheitsbedingungen stattfand, lautete "Unsere Stärke: Solidarität!".

Die aktuelle Krise hat die vielfachen Verwerfungen des Kapitalismus offengelegt. Dieses System baut auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt zugunsten des Profits von Wenigen auf: Stagnierende Löhne und Gehälter, rasant steigende Mieten und ein Kaputtsparen des Gesundheitssystems. Immer mehr Menschen wünschen sich eine Alternative.

Die Rede bei der Schlusskundgebung am Eisernen Tor wurde von KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr** gehalten. Sie betonte, dass die Krise gezeigt habe, wer die Gesellschaft wirklich am Laufen halte: "Es sind die arbeitenden Menschen – LKW-Fahrer, Ver-



Ein starkes Zeichen: Mehr als 500 Menschen marschierten gemeinsam mit der KPÖ am 1. Mai durch die Innenstadt.

käuferinnen, Lehrende oder Beschäftigte im Gesundheitsbereich – und nicht Aktionäre und Vorstandsvorsitzende. Den arbeitenden Menschen muss wieder die Zukunft gehören!"

Diese Menschen verdienen mehr als nur Applaus: es braucht höhere Löhne und Gehälter und eine Arbeitszeitverkürzung. Auch Stadt und Land haben hier Handlungsbedarf. Gebühren und Tarife müssen gesenkt, drohende Delogierungen verhindert werden.

Ein Kurswechsel kann nur durch einen starken Druck der Bevölkerung auf die politisch Verantwortlichen gelingen. Die heurige Demonstration der KPÖ zum 1. Mai war ein starkes Zeichen dafür.

# Es geht auch anders.



ls wir in den Jahren 2015 und 2016 die Mitverantwortung das Grazer Stadtbudget trugen, stellten wir sicher, dass der Stadt ihr soziales Antlitz nicht verloren geht. Auf unser Betreiben hin wurde die vergünstigte Jahreskarte um 228 Euro eingeführt und umgekehrt die von ÖVP und Grünen eingesetzte Teuerungsautomatik bei Müll- und Kanalgebühren ausgesetzt. Das wäre gerade in der jetzigen Zeit, die vielen Leuten den Schlaf raubt, weil sie nicht wissen, wie sie ihre laufenden Lebenskosten bewältigen können, besonders wichtig.

Durch die jährlichen Teuerungen bleibt jedoch immer weniger zum Leben. Wohn-Betriebskosten ziehen stark an. Dabei hätte es die Stadt selbst in der Hand, hier nicht zur Preistreiberin zu werden und den Teuerungen etwas entgegenzuhalten. Wir haben im Gemeinderat gefordert, dass die Jahreskarte mit Juli wieder billiger wird und bereits letzten Herbst wollten wir, dass die jährliche Teuerung der kommunalen Gebühren ausgesetzt wird. Die schwarz-blaue Rathauskoalition hat sich beide Male dagegen ausgesprochen. Dass es aber möglich wäre, haben wir bereits bewiesen.

# Ihre Stadträtin *Elke Kahr*Rathaus, 2. Stk, Tür 236 Tel.: 0316 / 872 20 60

#### **AUS DEM GEMEINDERAT**

## Gratis-Sportangebot abgelehnt

Es gibt zahlreiche Angebote für Aktivitäten im Sportjahr 2021, die Grazerinnen und Grazer motivieren sollen, aktiv zu werden. Viele werden

das aber nicht in
Anspruch nehmen können,
da die finanziellen Mittel
dafür fehlen.
Mitgliedsbeiträ-

ge bei Sportvereinen stellen oft eine finanzielle Hürde da. Deshalb setzt sich Gemeinderätin **Uli Taberhofer** nun für die SozialCard-BezieherInnen ein und fragte nach, ob die Angebote von Sportvereinen für jene kostenlos zur Verfügung gestellt werden können. ÖVP-Stadtrat Hohensinner erteilte dem sozialen Anliegen jedoch eine klare Absage.

#### Verbesserungen in der Pflegearbeit

Jede 4. Personalaufnahme im "Haus Graz" erfolgt in den Geriatrischen Gesundheitszentren (GGZ). Die hohe Personalfluktuation ist auf die schlechten Arbeitsbedingungen zurückzufüh-

gungen zurückzuführen. Zwar schafft man finanzielle Anreize durch "Einmalzahlungen", dennoch ändert das nicht die Mehr-

dert das nicht die Mehrbelastung der Angestellten, ständig neu einschulen zu müssen. KPÖ-Gemeinderätin Elke Heinrichs will von Bürgermeister Nagl wissen, welche konkreten Ideen er hat, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und die hohe Fluktuation in den Griff zu bekommen. Heinrichs schlägt eine 35-Stunde-Woche sowie eine 6. Urlaubswoche für städtische Pflegekräfte vor.

#### Verschwundene Kinder

Zwischen 2018 und 2020 sind in Europa mehr als 18.000 unbegleitete Flüchtlingskinder und Jugendliche, die sich bereits in "staatlicher Obhut" befanden, verschwunden.

> Eine parlamentarische Anfrage hat ergeben, dass auch in Österreich im Jahr 2020 mehr als die Hälfte der unbegleitete Minderjäh-

unbegleitete Minderjahrige verschwunden sind, bevor sie zum Asylverfahren zugelassen wurden. "Das Problem könnte gelöst werden, indem die Kinder- und Jugendhilfeträger verpflichtet werden, die Obsorge der Kinder von Beginn ihrer Ankunft zu übernehmen. Das ist derzeit nicht der Fall", so Gemeinderätin Elke Heinrichs, die sich mit einer entsprechenden Petition an die Bundesregierung gewandt hat.



## Parkanlagen verbessern!

Zumeist sind der Stadtpark und der Augarten im Fokus. Es gibt jedoch zahlreiche Parkanlagen in den Grazer Außenbezirken, die von der Politik oft stiefmütterlich behandelt werden. KPÖ setzte im Gemeinderat einen Schwerpunkt auf diese "vergessenen" Erholungsoasen.

Der Gemeindepark in Eggenberg könnte noch mehr Leute anlocken, da sind sich Gemeinderat **Christian Sikora** und Bezirksrätin **Karin Gruber** einig. Sie setzen sich dafür ein, diesen Park für AnrainerInnen interessanter zu machen. "Eine sinnvolle Möglichkeit wäre ein abgegrenzter Spielbereich für Kinder aber auch Outdoor-Sportgeräte", findet Sikora.

Am Grünanger – genauer gesagt im <u>Maria-Cäsar-Park</u> – wünscht sich Gemeinderätin **Uli Taberhofer** für die Parkbesuchenden eine Verbesserung. Nämlich generationsübergreifende Spiel- und Sportmöglichkeiten, um einerseits das Wohlbefinden durch körperliche Aktivität zu steigern und andererseits das

soziale Miteinander zu fördern.

Auch für den Park auf der <u>Dornschneiderwiese</u> benötigt es dringend Verbesserungen. KPÖ-Mandatar **Horst Alic** lässt hier nicht locker und hat im Gemeinderat eine Initiative eingebracht, dass dieser seit Jahren stiefmütterliche Park speziell für Jugendliche attraktiver wird.

#### **Neuer Park in Gösting**

Im Bezirk Gösting auf der Höhe des <u>Reinbacherwegs</u> wünschen sich die AnrainerInnen bereits seit Jahren eine Parkanlage. Anbieten würde sich das Areal der ehemaligen Glasfabrik – jetzt im Eigentum der ÖBB. KPÖ-Gemeinderat Sikora setzt sich für den Erwerb dieser Fläche ein, um eine bitter notwendige Grünfläche mehr in Gösting zu schaffen.

#### Mehr Mistkübel

Aufgrund der Temperaturen und wegen Corona steigt die Anzahl der zunehmenden Parkbesuchenden und damit auch die Verschmutzung. Meistens fehlt es nicht an der Bereitschaft, den eigenen Müll zu entsorgen, sondern an den unzureichenden Möglichkeiten. Die vorhandenen Mülleimer reichen bei Weitem nicht aus. Sikora spricht sich neben der Bereitstellung von mehr Mistkübeln, auch für die Eigenverantwortung aus. Die schwedische Trendsportart #Plogging (Joggen und Müllsammeln) soll im Grazer Sportjahr verstärkt beworben werden.

### KLEIN, ABER MIT BISS



Bebauung? Mir wäre Bebaumung viel lieber!

#### **KURZ NOTIERT**

#### KPÖ: Gegen Bebauung am Karl-Zeller-Weg

Im Gemeinderat wurde gegen die Stimmen der KPÖ der Bebauungsplan Wiener Straße/Karl-Zeller-Weg in Gösting durchgewunken. Es hat viele Einwendungen der betroffenen Bewohnenden gegeben, die kein Gehör fanden. Die bis zu fünfgeschössig-hohen, geplanten Wohnbauten werden mitten in ein Einfamilienhausgebiet hineingebaut. Neben der starken Verdichtung befürchten die AnrainerInnen auch weniger Sonnenlicht.

#### "Klassenzimmer" im Freien

Es wird wärmer, die Menschen drängen hinaus ins Freie. "Warum also nicht dem Beispiel von

Traiskirchen folgen und SchülerInnen, wann und wo es geht, im Freien unterrichten?", fragt sich Gemeinderat

#### Kurt Luttenberger.

"Die Freiraumklassen würden ein Mehr an Sicherheit geben." Er setzt sich aktuell für die Umsetzung in Grazer Volksschulen ein.

#### Fischerhaus: Nicht für die Fisch!

Gemeinderätin Sigrid Zitek unterstützt ein Anliegen des Arbeiterfischereiverein Graz. Mit rund

400 Mitgliedern ist er der größte Fischereiverein der Steiermark. Um eine Anlaufstelle für Jung und Alt zu sein, bräuchte der Ver-

ein allerdings ein Vereinshaus, um beispielsw. Seminare anzubieten.

## "Geld für Bankerl statt für Banken"



Seit neun Jahren läuft die erfolgreiche Aktion der KPÖ und insgesamt konnten 102 Bankerl aufgestellt werden. Viele Wünsche sind bereits heuer wieder eingegangen und werden nach und nach umgesetzt.

Haben auch Sie einen Ort, wo Sie gerne ein Bankerl zum Rasten und Pause machen hätten? Melden Sie uns Ihren Wunsch: elke.kahr@stadt.graz.at oder 0316 872 2060.